

Dem Friedensauftrag nachkommen.

Forderungen zur Stärkung der Friedensbildung in Nordrhein-Westfalen

Globale Entwicklungen wie der Klimawandel, Menschenrechtsverletzungen, Ressourcen- und Landkonflikte sowie andere Ursachen von Krieg und Gewalt stellen auch uns in Deutschland vor zunehmende Herausforderungen.

Friedensbildung fördert die Entwicklung von Kompetenzen junger Menschen zu einem am Wert der Gewaltfreiheit orientierten, konstruktiven und zivilen Umgang mit zwischenmenschlichen, innergesellschaftlichen und internationalen Konflikten.¹

In Nordrhein-Westfalen stützt sich die Friedensbildung auf den Auftrag, der durch die Landesverfassung und das Schulgesetz vorgegeben ist: die Erziehung der Schüler*innen zur „Völkergemeinschaft“ und zur „Friedensgesinnung“.

Darüber hinaus ist Frieden als eines von fünf Grundprinzipien nachhaltiger Entwicklung in der Agenda für nachhaltige Entwicklung 2030 der Vereinten Nationen identifiziert worden. Die Agenda bildet mit ihren siebzehn Entwicklungszielen eine Grundlage für die Priorisierung ziviler Ansätze und den konstruktiven Umgang mit Konflikten auf allen Ebenen², so auch in der Bildungsarbeit.

Friedensbildung ist, so die NRW-Landesstrategie, ein Schlüsselaspekt der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE).³ Friedensbildung ist Teil einer umfassenden politischen Bildung und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie zeigt Alternativen auf zur Dominanz eines sicherheitslogischen Denkens, das Konflikt ausschließlich als Bedrohung ansieht, der man sich (notfalls unter Einsatz von Gewalt) erwehren muss. Die friedenslogische Perspektive der Friedensbildung verfolgt den Ansatz, hinter dem Konflikt stehende Interessen zu verstehen,

1 Bundesweites Netzwerk Friedensbildung (Juni 2021): Positionen zur Stärkung der Friedensbildung in der schulischen und außerschulischen Bildung, online: <https://www.netzwerk-friedensbildung.de/angebote/positionspapier.html>

2 Vergleiche die 2021 aktualisierte Deutsche Umsetzungsstrategie, online <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1940716/66f410b421e645a0d4f54f605f21c6c4/2021-07-08-gsds-en-data.pdf?download=1>

3 Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung - Zukunft lernen NRW (2016-2020)“, online: https://www.umwelt.nrw.de/fileadmin/redaktion/Broschueren/bne_landesstrategie_2016.pdf, S. 11

konstruktive Lösungen zu suchen und zu innergesellschaftlicher wie internationaler Versöhnung beizutragen.

Trotz ihrer Bedeutung spielt Friedensbildung in NRW im Schulsystem nur eine untergeordnete Rolle. Um dem Bildungsauftrag der Landesverfassung und der Agenda 2030 gerecht zu werden, bedarf es in Nordrhein-Westfalen einer strukturellen Verankerung der Friedensbildung in schulischen und außerschulischen Lernräumen.

Wir fordern daher:

1. die Einrichtung und langfristige Finanzierung einer Servicestelle für Friedensbildung NRW.

Die Verankerung von Friedensbildungsangeboten in Schulen bedarf einer landesweiten Koordination, die es bereits in anderen Bundesländern gibt.

- Die Servicestelle hat den Auftrag, den Bereich der schulischen Friedensbildung zu fördern und zu vernetzen.
- Sie arbeitet Unterstützungsmaßnahmen für Lehrpersonen aus, begleitet die curriculare Arbeit in Nordrhein-Westfalen für die verschiedenen Schulstufen und Schulformen und sorgt dafür, dass Themen der Friedensförderung, Zivilen Konfliktbearbeitung sowie Kriegs- und Konfliktursachen in Schulen dargestellt werden.
- Sie vernetzt außerschulische Referent*innen der Friedensbildung, leitet Anfragen weiter und unterstützt bei der Koordination von Bildungsangeboten in und außerhalb von Schule.
- Die Servicestelle informiert über die Angebote zivilgesellschaftlicher Referent*innen der Friedensbildung für Schule und Unterricht.
- Im Zusammenwirken mit Autor*innen und dem Netzwerk Friedensbildung NRW trägt sie dafür Sorge, dass Sach- und Fachinformationen, didaktische Hilfen sowie Materialtexte erstellt werden.
- Ein Schwerpunkt der Arbeit ist es, eine fachbezogene Übersicht zu erstellen und sie digital zu präsentieren, so dass unterrichtsfachbezogene Texte, didaktische Konzepte und Dossiers von Lehrpersonen, Bildner*innen und Schulen genutzt werden können.
- Einmal im Jahr lädt die Servicestelle Lehrkräfte aus Nordrhein-Westfalen und Vertreter*innen der Bezirksregierungen zu einer Zusammenkunft „Schulische Friedenspädagogik und -bildung“ ein.

Für die Umsetzung dieser Arbeit sind zwei unbefristete Fachstellen in Vollzeit einzurichten, die über ein entsprechendes Budget für die Umsetzung der Maßnahmen sowie für die Weiterentwicklung der Servicestelle verfügen. Die Effektivität der Arbeit hängt von einer Anbindung an die Strukturen der

Lehrer*innen-Aus- und Weiterbildung sowie von der direkten Anbindung an zivilgesellschaftliche Akteur*innen der Friedensbildung ab. So kann eine Stelle beispielsweise an der Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule in Soest angesiedelt sein oder vom Schulministerium zur Verfügung gestellt werden. Die zweite Stelle soll bei einer der Mitgliedsorganisationen des Netzwerks Friedensbildung NRW eingerichtet werden.

2. die Schaffung einer Professur für Friedenspädagogik,

die auch Aspekte einer Kultur des Friedens in Schule und vor Ort aufgreift.

Um die Lehramtsausbildung inklusive der Referendariatsausbildung für den Bereich der Friedensbildung, der Friedenspädagogik und der Friedenserziehung zu stärken, soll eine Professur in Friedenspädagogik („Bertha von Suttner-Professur“) zur Förderung des Friedensgedankens geschaffen werden. Für die Professur können sich Hochschulen in NRW bewerben, die im Bereich der Sekundarstufen-II-Lehrkräfte-Ausbildung tätig sind.

3. friedenspädagogische Anteile als verpflichtende Bestandteile der Lehrkräfte-Ausbildung in allen drei Phasen.

Stark in den Blick zu nehmen ist die dritte Phase der Lehrer*innenausbildung (Referendariat), damit Student*innen im Übergang zu ihrer späteren Tätigkeit als Lehrer*innen nicht das Wissen über Frieden und eine Didaktik des Friedens verloren geht. In der seminaristischen Lehrer*innenbildung in Deutschland kommt hier den Zentren für Lehrerausbildung (ZfSL) eine besondere Rolle und Aufgabe zu. Inhaltlich von der Leitlinie BNE vom Mai 2019⁴ für die schulische Praxis und analog bzw. zusätzlich zur medienbasierten Unterrichtsprobe wäre in dieser Ausbildungsphase mindestens ein Unterrichtsbesuch zu den Sustainable Development Goals (Agenda 2030), und hier insbesondere zum SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) vorzusehen, welcher im Referendariat und der vorhergehenden hochschulischen Lehrpersonenausbildung vorzubereiten ist.

4. die Stärkung zivilgesellschaftlicher Bildungsprojekte im Bereich Friedensbildung / SDGs in außerschulischen Lernräumen.

Angesichts der zentralen Bedeutung von Frieden und Ziviler Konfliktbearbeitung für nachhaltige Entwicklungsprozesse ist eine stärkere Fokussierung auf diesen Themenkomplex notwendig. Das muss sich in der BNE-Strategie und der

4 https://www.schulentwicklung.nrw.de/q/upload/Leitlinie_BNE_NRW.pdf

Förderpraxis des Landes NRW widerspiegeln. Darüber hinaus sind neue Förderlinien notwendig, um innergesellschaftliche sowie internationale Konflikte als Thema nachhaltiger Entwicklung stärker in den Blick zu nehmen.

Dieses Positionspapier aus dem Netzwerk Friedensbildung Nordrhein-Westfalen wird bisher (Stand: 2. Februar 2022) unterstützt von:

Unterstützende Organisationen



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bonn
Amnesty International Oberhausen
Arbeitsstelle für Auslandsfreiwilligendienste der EKIR, Solingen
Bund für Soziale Verteidigung e.V., Minden
Cassiopeia e.V., Oberhausen
DFG-VK Gruppe Oberhausen
DFG-VK NRW, Dortmund
Eine Welt Netz Oberhausen
Ev. Schüler*- und Schülerinnen*arbeit im Rheinland e.V. (ESR), Köln
Friedensbildungswerk Köln
Internationaler Versöhnungsbund
Kommission Friedensbildung
Oberhausener Friedensinitiative
Pax Christi, Köln
Pax Christi, Aachen
Initiative Willkommen in Oberhausen

Unterstützende Einzelpersonen

Dr. Dieter Kinkelbur, Universität Bielefeld
Dr. Norbert Fabian, Ruhr-Universität Bochum

Wir laden interessierte Organisationen und Einzelpersonen ein, das Positionspapier zu unterstützen.

Bitte schicken Sie eine Email mit Name und Logo, soweit vorhanden, an die Adresse des Netzwerks Friedensbildung NRW:

Kontakt:

Netzwerk Friedensbildung NRW
c/o Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel.: 0571/29456
info@soziale-verteidigung.de
www.friedensbildung-nrw.de